

Atlas der Zivilgesellschaft

Didaktisches Material für die Erwachsenenbildung

Mitglied der
actalliance

60
JAHRE

Brot
für die Welt

Inhalt

Einführung und Ablauf	3
Kopiervorlage Briefumschläge	5
Länderbeispiel Honduras	6
Länderbeispiel Tschad	9
Länderbeispiel Aserbaidschan	12
Länderbeispiel Philippinen	15
Lösungskarten Amerika, Afrika, Europa, Asien, Ozeanien	18
Blankokarten Amerika, Afrika, Europa, Asien, Ozeanien	23

Impressum

Herausgeber

Brot für die Welt
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Telefon +49 30 65211 4711
info@brot-fuer-die-welt.de
service@brot-fuer-die-welt.de

Autoren Christian Jakob, Maren Leifker,
Christine Meissler

Idee didaktisches Material Imke Frerichs

Redaktion Regina Seitz, Kornelia
Freier, Jürgen Hammelehle (V.i.S.d.P.)

Fotos Jorge Cabrera/Reuters (S. 8),
Edgard Garrido/Reuters (S. 9), Helge Bendl
(S. 11 und 12), David Mdzinarishvili/Reuters
(S. 14), Aziz Karimov/Reuters (S. 15),
Dondi Tawatao/Reuters (S. 17 und 18)

Karten und Infografiken Kontext
Kommunikation GmbH

Gestaltung Katrin Schierloh

Berlin, August 2018

Einführung

Brot für die Welt arbeitet weltweit mit über tausend zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen zusammen. Diese konnten in den vergangenen – bald sechs – Jahrzehnten gewaltige Fortschritte erzielen, indem sich die Lebensbedingungen und die rechtliche Situation der Bevölkerung verbessert haben oder ökologische Schutzmaßnahmen erfolgreich umgesetzt wurden. Die Lage hat sich jedoch zugespitzt. Viele Partner berichten heute über massive Einschränkungen ihrer Arbeit. Teilweise richten sich diese systematisch gegen ganze Organisationen, teilweise gegen einzelne Personen. Es geht um Überwachung, bürokratische Überregulierung und Schikane, eingeschränkte Finanzierungsmöglichkeiten, Arbeitsverbote oder sehr häufig auch um persönliche

Gefährdung. Im Rahmen des Schwerpunktthemas der 60. Aktion „Hunger nach Gerechtigkeit“ bietet Brot für die Welt eine Powerpoint-Präsentation und didaktisches Material zu diesem Thema an. Sie basieren auf dem „Atlas der Zivilgesellschaft“, der im Januar 2018 von Brot für die Welt herausgegeben wurde. Die Lektüre dieser Publikation wird als inhaltliche Vorbereitung empfohlen.

Zielgruppe ab 18 Jahren

Dauer 90–120 Minuten

Gruppengröße Das Material ist geeignet für bis zu 20 Personen. Bei größeren Gruppen bitte Materialien entsprechend verdoppeln. Die Gruppengröße der Kleingruppen sollte fünf Personen nicht überschreiten.






Vorbereitung und Material

Download

- Atlas der Zivilgesellschaft
 - Powerpoint-Präsentation mit Begleittext
- www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/

Laptop und Beamer

Spielfiguren (incl. Ersatzfiguren)

-  Dunkelgrün: 30
-  Hellgrün: 70
-  Orange: 60
-  Hellrot: 40
-  Dunkelrot: 30

Kopien

- 2 Kopien der Vorlage zum Beschriften der Briefumschläge: S. 5
- Je 5 Kopien der Länderinfos: S. 6–17
- Je 1 Kopie der Lösungskarten: S. 18–22
- Je 1 Kopie der Blankokarten bitte hochkopieren auf Din A3: S. 23–27

Din A5 Briefumschläge

- Die Umschläge mit der Arbeitsanleitung bekleben und beschriften.
- Briefumschläge für die Spielfiguren gemäß der Kontinente füllen (Verteilung s. S. 4).

Quelle der Daten

Die Daten des CIVICUS-Monitors werden laufend aktualisiert. Die hier dargestellten Zahlen beziehen sich auf Dezember 2017. Tagesaktuelle Daten finden Sie unter: → <https://monitor.civicus.org/>

Hinweis zu Asien – Aserbaidshon

Aserbaidshon gehört geografisch zu Asien, ist aber Mitglied des Europarats und wird deshalb als Länderbeispiel für Europa aufgenommen. Im Kartenmaterial ist es weiterhin bei Asien dargestellt.

Hinweis zu Ozeanien

Der Kontinent Ozeanien ist bei diesem didaktischen Material nicht mit einem Länderbeispiel hinterlegt. Das Kartenmaterial ist im Anhang jedoch zu finden und kann bei Interesse gezeigt werden. Wer hierzu ebenfalls länderbezogen arbeiten möchte, findet Länderbeispiele in englischer Sprache unter: → <https://monitor.civicus.org/>

Verteilung der Spielfiguren

	Dunkelgrün	Hellgrün	Orange	Hellrot	Dunkelrot
Amerika	1	19	10	3	1
Afrika	0	10	19	16	8
Europa	19	21	3	3	0
Asien	0	2	19	12	12
Ozeanien	2	10	2	0	0

Ablauf

Thema	Sozialform	Material	Zeit
1. TN werden gefragt, welche Wege sie kennen und evtl. auch nutzen, ihre Meinung zu äußern. Und, ob sie dabei schon einmal mit ernsthaften Einschränkungen oder Folgen rechnen mussten?	Plenum		15 min
2. Einführung ins Thema geben anhand des Vortrags bis Folie 17.	Plenum	Powerpoint-Präsentation (Link s. S. 3)	10–20 min
3. Interaktives Element zur weltweiten Situation der Zivilgesellschaft:	Kleingruppen		15 min
Blankokarten der Kontinente sowie dazugehörige Briefumschläge verteilen.		Kopien Din A3: • Blankokarten der Kontinente • Briefumschläge mit Spielfiguren	
TN erhalten die Lösungskarten und überprüfen ihr Ergebnis.		Kopien: Lösungskarten	
4. TN erhalten die Länderinformation mit Arbeitsanleitung passend zum Kontinent.	Fortsetzung in den Kleingruppen	Kopien: Länderinfos Pro TN der Kleingruppe 1 Exemplar	30 min
5. Die Ergebnisse der Kleingruppendiskussionen und offene Fragen werden zusammengetragen.	Plenum		10 min
6. Fortsetzung des Vortrags ab Folie 39.	Plenum		10–20 min

Kopiervorlage

zum Aufkleben auf den Din A5 Briefumschlag

Kontinent _____

Arbeitsanleitung

Jede der Spielfiguren repräsentiert ein Land.

Die Farbe steht für den Grad an Freiheit für zivilgesellschaftliches Handeln.

Verteilen Sie die Spielfiguren gemäß Ihrer Einschätzung.

CIVICUS Einstufungen



offen



engeengt



beschränkt



unterdrückt



geschlossen



Kontinent _____

Arbeitsanleitung

Jede der Spielfiguren repräsentiert ein Land.

Die Farbe steht für den Grad an Freiheit für zivilgesellschaftliches Handeln.

Verteilen Sie die Spielfiguren gemäß Ihrer Einschätzung.

CIVICUS Einstufungen



offen



engeengt



beschränkt



unterdrückt



geschlossen



Kontinent _____

Arbeitsanleitung

Jede der Spielfiguren repräsentiert ein Land.

Die Farbe steht für den Grad an Freiheit für zivilgesellschaftliches Handeln.

Verteilen Sie die Spielfiguren gemäß Ihrer Einschätzung.

CIVICUS Einstufungen



offen



engeengt



beschränkt



unterdrückt



geschlossen



Länderbeispiel Honduras

CIVICUS Einstufung: **beschränkt**



Alltägliche Gewalt

Honduras ist eines der gefährlichsten Länder der Welt. Etwa 60 Einwohner von 100.000 sterben jedes Jahr durch Gewalt. Zum Vergleich: In Deutschland liegt die Mordrate bei 0,8 pro 100.000 Einwohner, und die Weltgesundheitsorganisation spricht ab einem Wert von 10 von einer Gewaltepemie. Honduras ist geprägt von extremer sozialer Ungleichheit, mehr als die Hälfte der acht Millionen Einwohner lebt unter der Armutsgrenze. Aufgrund der schwachen staatlichen Institutionen und der zentralen Lage in Mittelamerika florieren Geschäfte wie Drogen-, Waffen- und Menschenhandel. Sie alle sind mit extremer Gewalt verbunden. Seit dem Militärputsch von 2009 ist die Gewalt aber auch zunehmend politisch und richtet sich gegen Menschenrechtsverteidiger.

Investitionen wichtiger als Menschenrechte

Die rechtsgerichtete Regierung der Nationalpartei unter Präsident Juan Orlando Hernández verfolgt seitdem einen strikt neoliberalen Kurs. Um ausländische Unternehmen anzuziehen, werden ihnen besonders günstige Konditionen geboten – zulasten der

Arbeitsanleitung

In diesem Länderbeispiel erfahren Sie etwas über die massive Einengung der Zivilgesellschaft in Honduras. Trotz der häufig bedrohlichen Situation engagieren sich hier immer wieder Menschen dafür, Unrecht und Gewalt zu überwinden.

Lesen Sie den Text anhand folgender Leitfragen:

- Was erfahren Sie über die Gründe für die Einengung (historisch, politisch, wirtschaftlich, sozial)?
- Wie wirken sich die Einschränkungen konkret aus?
- Gibt es internationale Interventionen von staatlichen Organisationen?
- Worin besteht der Beitrag von Brot für die Welt oder anderer nichtstaatlicher Organisationen?

Anregung zur Diskussion

Diskutieren Sie im Anschluss in Ihrer Gruppe darüber, welche Möglichkeiten es gibt, sich für bedrohte Menschen in anderen Ländern einzusetzen.

Menschen, die in den Regionen der Investitionsprojekte leben. Ein Großteil der neu vergebenen Konzessionen betrifft Siedlungsgebiete indigener Gemeinschaften, die rund 23 Prozent der honduranischen Bevölkerung ausmachen. Obwohl Honduras sich dazu verpflichtet hat, Indigene zu beteiligen, vergibt die Hernández-Regierung die Konzessionen meistens direkt per Dekret. Protestieren die betroffenen indigenen Gemeinschaften, müssen sie mit Gewalt von Sicherheitskräften rechnen.

Gesetze allein schützen nicht

Auf internationalen Druck hin erließ das Parlament 2015 schließlich ein Gesetz zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern, Journalisten und Justizbediensteten. Das Gesetz sieht einen Schutzmechanismus vor, der gefährdeten Personen aus diesen Gruppen ein Anrecht auf individuell zugeschnittene Schutzmaßnahmen bietet wie Überwachungskameras, schussichere Westen und gepanzerte Fahrzeuge. Da die Regierung aber zu wenig Geld zur Verfügung stellt, mangelt es dem Schutzprogramm an Ausstattung und ausgebildetem Personal. Verteidiger und Verteidigerinnen von



| Protest gegen die Ermordung der Umweltaktivistin Berta Cáceres 2016 in Tegucigalpa

Landrechten bezahlen ihren Einsatz deshalb immer noch oft mit ihrem Leben.

Am Morgen des 3. März 2016 wurde Berta Cáceres in ihrem Haus überfallen und erschossen, obwohl sie nach einer Anordnung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) in das staatliche Schutzprogramm aufgenommen worden war. Als Direktorin der Organisation Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras (CONPINH) hatte Cáceres sich über Jahre hinweg gegen den Bau des Agua Zarca-Staudamms eingesetzt. Der Staudamm bedroht eine heilige Wasserquelle ihrer indigenen Gemeinschaft.

Nach ihrem Tod wurden die Ermittlungen erst auf öffentlichen Druck hin aufgenommen. Obwohl der Polizei bekannt war, dass Cáceres verfolgt wurde, ging sie zunächst von einem normalen Raubüberfall aus und verdächtigte dann deren Lebenspartner. Während der Ermittlungen gingen die Akten zweimal aus ungeklärten Umständen verloren. Schließlich wurden sieben Männer angeklagt, den Mord an Cáceres begangen

zu haben. Vier von ihnen werden Verbindungen zum Militär nachgesagt. Dass überhaupt Anklage erhoben wurde, hängt wohl mit der internationalen Prominenz von Cáceres zusammen. Die Aufklärung weniger prominenter Fällen scheidet meist an der in Honduras vorherrschenden Straflosigkeit. Anklage wird nur in weniger als zehn Prozent der Tötungsdelikte erhoben. Und nur ein Prozent der Verfahren enden mit einer Verurteilung. Honduras hat im weltweiten Vergleich die höchste Tötungsrate von Land- und Umweltaktivisten und -aktivistinnen.

Straflosigkeit und Kriminalisierung

Statt Aufklärung haben Aktivistinnen und Aktivisten von der Justiz in Honduras Kriminalisierung zu erwarten. Eine bis in höchste Regierungskreise reichende Strategie ist es, zivilgesellschaftliche Proteste in den Medien als Straftaten darzustellen. Aktivisten und Aktivistinnen wird vorgeworfen, Lügen zu verbreiten. Sie werden beschuldigt, ihr Geld von kriminellen Banden zu erhalten und zu Widerstand gegen die Staatsgewalt aufzurufen. Ihre juristische Verfolgung wird durch Straftatbestände wie die „Anstiftung



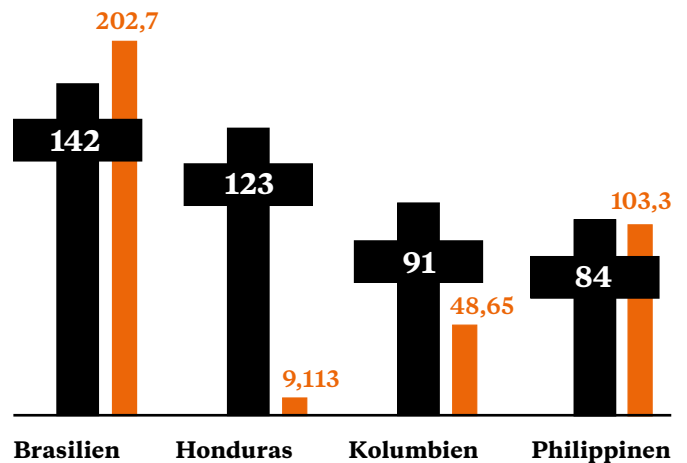
▫ Bauernprotest gegen Vertreibung aus der Bajo Aguan-Region sowie gegen Klimawandel vor dem Nationalkongress von Honduras in Tegucigalpa am 2. Dezember 2010

zum Terrorismus“ erleichtert. Demnach macht sich strafbar, wer die Bevölkerung mit irgendeiner Art von Aktion in Angst versetzt. Mit dieser Generalklausel lässt sich nahezu jegliche Form von Protest kriminalisieren. Für den Zeitraum von 2002 bis 2012 sind in Honduras mehr als 684 Fälle von Menschenrechtsverteidigern und -verteidigerinnen dokumentiert, die wegen ihrer Arbeit strafrechtlich verfolgt wurden.

Für die Betroffenen sind solche Verfahren mit enormen Belastungen verbunden, die häufig das Aus für ihre Arbeit bedeuten. Sie müssen sich in einem Justizsystem behaupten, das ihnen gegenüber feindlich eingestellt ist und haben damit in der Regel weder Erfahrung noch das nötige Geld, um sich einen Rechtsbeistand zu nehmen. Die Brot für die Welt-Partnerorganisation Centro de Investigación y Promoción de los Derechos Humanos (CIPRODEH) kümmert sich deshalb um die rechtliche Begleitung und Unterstützung der Betroffenen und kämpft so gegen die Kriminalisierung von Aktivisten und Aktivistinnen.

Das gefährliche Leben von Landrechtsverteidigern

Der Einsatz gegen Unternehmen, die sich Land aneignen und die Umwelt verschmutzen, war nie gefährlicher.



† Getötete Landrechtsverteidiger seit 2016

▮ Einwohner in Mio.

Der Report „Defenders of the Earth“ der NGO Global Witness zeigt, dass 2016 jede Woche vier Menschen umgebracht wurden, die ihr Land und die Natur gegen die Ausplünderung durch Bergbau, Holzfällerei oder Agrobusiness verteidigten.

Länderbeispiel Tschad

CIVICUS Einstufung: **unterdrückt**



Aufrüsten gegen die Zivilgesellschaft

Der Tschad ist ein zentralafrikanischer Binnenstaat. Er grenzt an Libyen, den Sudan, die Zentralafrikanische Republik sowie Kamerun, Niger und Nigeria. Seit den 1960er Jahren leidet die Bevölkerung an immer wieder aufflammenden bewaffneten Konflikten zwischen der Regierung und verschiedenen Rebellengruppen.

Petrodollars helfen nicht bei Entwicklung

Der Optimismus im Tschad war groß, als die Weltbank im Juni 2000 grünes Licht für die Tschad-Kamerun-Pipeline gab. Erst sie hat es dem Binnenland ermöglicht, Erdöl in großen Mengen zu exportieren. Seit Beginn der Ölförderung 2003 hat der Verkauf rund 13 Milliarden US-Dollar in die Staatskasse gespült, aber nicht zur Entwicklung des Landes beigetragen.

Der Tschad ist sogar noch weiter zurückgefallen im Human Development Index (HDI). Der HDI ist ein von den Vereinten Nationen aus vielen Faktoren wie etwa Einkommen, Schulbildung oder Gesundheitsversorgung gebildeter Vergleichsmaßstab für menschliche Entwicklung. 1,0 stellt den höchsten erreichbaren Wert dar. Die zugrunde liegenden Daten stammen aus dem Human Development Report 2016. Das Land sank auf den drittletzten Platz.

Arbeitsanleitung

In diesem Länderbeispiel erfahren Sie etwas über die massive Einengung der Zivilgesellschaft im Tschad. Trotz der häufig bedrohlichen Situation engagieren sich hier immer wieder Menschen dafür, Unrecht und Gewalt zu überwinden.

Lesen Sie den Text anhand folgender Leitfragen:

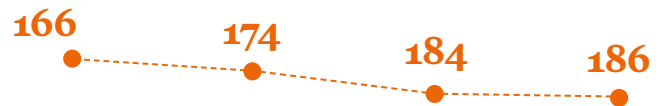
- Was erfahren Sie über die Gründe für die Einengung (historisch, politisch, wirtschaftlich, sozial)?
- Wie wirken sich die Einschränkungen konkret aus?
- Gibt es internationale Interventionen von staatlichen Organisationen?
- Worin besteht der Beitrag von Brot für die Welt oder anderer nichtstaatlicher Organisationen?

Anregung zur Diskussion

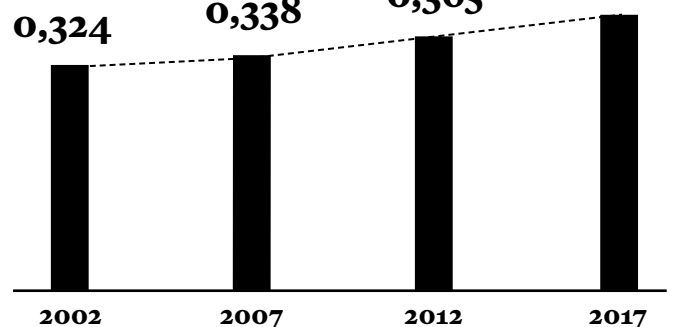
Diskutieren Sie im Anschluss in Ihrer Gruppe darüber, welche Möglichkeiten es gibt, sich für bedrohte Menschen in anderen Ländern einzusetzen.

Entwicklung im Tschad geht nicht voran

HDI-Rang Tschad



HDI-Wert Tschad





| Schülerproteste in N'Djamena 2007

Anti-Terrorgesetz

Die Ölmilliarden werden in weiten Teilen von dem seit 1990 regierenden Präsidenten Idriss Déby Itno und korrupten Mitgliedern seiner Familie kontrolliert. Déby kam nach einem Putsch gegen seinen Vorgänger Hissène Habré an die Macht, der mittlerweile als Kriegsverbrecher verurteilt ist. Von dessen Politik wollte er sich absetzen und demokratische Freiheiten garantieren. Die guten Vorsätze scheinen jedoch längst vergessen. Sein Regime agiert zunehmend repressiv und versucht, zivilgesellschaftlichen Protest mit allen Mitteln zu unterbinden.

Von internationaler Seite muss Déby weder Einmischung noch Kritik befürchten. Frankreich, Deutschland und die USA haben den Tschad zu einem wichtigen Partner im Kampf gegen den islamistischen Terror von Boko Haram erklärt. Innenpolitisch nutzt Déby die Terrormiliz ebenfalls. Im Juli 2015 verabschiedete die Nationalversammlung des Tschad ein Anti-Terrorgesetz, das die Todesstrafe wieder einführt – nur ein halbes Jahr nach ihrer Abschaffung. Die Zeit, innerhalb der inhaftierte Personen einem Richter vorgeführt werden müssen, wurde von 48 Stunden auf 30 Tage erhöht, und sie kann von der Staatsanwaltschaft zweimal verlängert werden.

Die Definition von Terrorismus ist im Gesetz außerdem sehr weit gefasst und beinhaltet auch die „Störung der öffentlichen Ordnung“. Dadurch kann das Gesetz genutzt werden, um Oppositionelle und andere zivilgesellschaftliche Akteure unter dem Deckmantel der Terrorabwehr in ihrer Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu beschneiden.

Wenige Wochen vor der Wahl im April 2016, mit der sich Präsident Déby seine fünfte Amtszeit sicherte, protestierten die Bewohnerinnen und Bewohner der Hauptstadt N'Djamena. Allerdings von zu Hause aus: Trillerpfeifen und Trommeln schallten aus offenen Fenstern und von den Balkonen, denn öffentliche Demonstrationen hatte Déby verbieten lassen. Wer trotzdem auf die Straße ging, riskierte von Sicherheitskräften auseinandergetrieben, verhaftet, gefoltert oder gar getötet zu werden. Auch die Nutzung sozialer Medien wird von den Behörden systematisch überwacht und in politisch sensiblen Zeiten blockiert.

Partner von Brot für die Welt verhaftet

Im Juni 2015 wurde der Menschenrechtsaktivist und Brot für die Welt-Partner Djéralar Miankeol verhaftet und zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt. In einem Radio-Interview hatte er von der Korruption



| Menschenrechtsaktivist Djéralar Miankeol im Jahr 2014

staatlicher Eliten im Zusammenhang mit Landraub gesprochen. Nur wegen der schnellen Reaktion seines Unterstützerkreises in Deutschland, der sich gemeinsam mit Brot für die Welt und der deutschen Botschaft im Tschad für ihn einsetzte, wurde er wieder freigelassen.

Als Menschenrechtsorganisation setzt sich die Partnerorganisation von Brot für die Welt, die Ligue Tschadienne de Droits de L'Homme (LTDH) im Tschad für Menschenrechtsverteidiger, Oppositionelle und Journalisten ein. Die Organisation kämpft gegen Straflosigkeit in Fällen gewaltsamen „Verschwindenlassens“ und tritt für rechtsstaatliche Zustände im Tschad ein. Durch ihre Arbeit werden die Mitarbeitenden immer wieder selbst zum Ziel von Verfolgung und gehen große persönliche Risiken ein. Das Projekt unterstützt deshalb Präventivmaßnahmen, die es Menschenrechtsverteidigern und Menschenrechtsverteidigerinnen im Tschad ermöglichen sollen, sich bei akuter Gefahr von Verhaftung oder drohender Gewalt in Sicherheit zu bringen.

Länderbeispiel Aserbeidschan

CIVICUS Einstufung: **unterdrückt**



Arbeitsanleitung

In diesem Länderbeispiel erfahren Sie etwas über die massive Einengung der Zivilgesellschaft in Aserbaidschan. Trotz der häufig bedrohlichen Situation engagieren sich hier immer wieder Menschen dafür, Unrecht und Gewalt zu überwinden.

Lesen Sie den Text anhand folgender Leitfragen:

- Was erfahren Sie über die Gründe für die Einengung (historisch, politisch, wirtschaftlich, sozial)?
- Wie wirken sich die Einschränkungen konkret aus?
- Gibt es internationale Interventionen von staatlichen Organisationen?
- Worin besteht der Beitrag von Brot für die Welt oder anderer nichtstaatlicher Organisationen?

Anregung zur Diskussion

Diskutieren Sie im Anschluss in Ihrer Gruppe darüber, welche Möglichkeiten es gibt, sich für bedrohte Menschen in anderen Ländern einzusetzen.

Zivilgesellschaft im Exil

Die einstige Sowjetrepublik Aserbaidschan liegt zwischen dem Kaspischen Meer und dem Kaukasus. Seit 1991 ist Aserbaidschan ein eigener Staat, der von Präsident Ilham Alijew regiert wird. Seine Strategie, das internationale Ansehen Aserbaidschans durch gezielte Gefälligkeiten aufzupolieren, wird „Kaviar Diplomatie“ genannt. Das despotisch regierte Aserbaidschan wird dabei als fortschrittlicher Staat präsentiert, der großen Wert auf Kultur und Gemeinwohl legt.

Auch Politikerinnen und Politiker erhalten Geld, Autos, teuren Schmuck oder bekommen Luxusreisen finanziert: Das internationale Recherchenetzwerk Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP) deckte auf, dass zahlreiche Abgeordnete der parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) bestochen wurden, darunter auch zwei deutsche Abgeordnete.

Trotz offensichtlicher Ungereimtheiten bezeichneten Abgeordnete die Wahl 2013 als „frei, fair und transparent“. Im Jahr nach der Wahl, ausgerechnet als

Aserbaidschan den Vorsitz des Europarats innehatte, gab es eine beispiellose Repressionswelle gegen die lokale NGO-Szene¹. Die für Kapitaldelikte zuständige Abteilung der Generalstaatsanwaltschaft von Aserbaidschan nahm den sogenannten NGO-Case No. 142006023 auf. Hunderte NGOs, die in den Bereichen Demokratie, Menschenrechte, Wahlbeobachtung, Rechtsberatung und Medienfreiheit aktiv sind, wurden zur Vernehmung vorgeladen, um die Mitarbeitenden einzuschüchtern.

Führende Aktivisten und Aktivistinnen, die es nicht rechtzeitig schafften, ins Ausland zu fliehen oder ihre Heimat nicht verlassen wollten, wurden unter fadenscheinigen Anschuldigungen festgenommen. Viele von ihnen wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Doch eine PACE-Resolution zur Freilassung politischer Gefangener in Aserbaidschan kam nicht zustande, weil die Mehrzahl der Parlamentarier dagegen stimmte. Zwar ließ das Regime 2016 in einem symbolischen Akt einzelne der prominenteren Gefangenen frei, viele blieben jedoch in Haft.

¹ NGO: Non Governmental Organization – deutsch NRO: Nichtregierungsorganisation



| Protest in Baku gegen mutmaßliche Wahlverstöße bei der Präsidentschaftswahl 2013

Drohender Ausschluss aus dem Europarat

Weil sich Aserbaidschan konsequent weigert, Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, etwa zur Freilassung politischer Gefangener, umzusetzen, wurde im Oktober 2017 ein Verfahren zum Ausschluss des Landes aus dem Europarat eingeleitet. Das Verfahren wird zum ersten Mal in der Geschichte des Europarats angewendet. Lokale NGOs hoffen darauf, dass Aserbaidschan im Europarat verbleibt, um auf dieser Ebene weiterhin Druck gegen die Regierung ausüben zu können. Im Oktober 2018 finden in Aserbaidschan Wahlen statt. Präsident Alijew wird alles daran setzen, sich eine vierte Amtszeit zu sichern, die seit einer Verfassungsänderung 2016 sieben Jahre beträgt. Es wird mit einer erneuten Repressionswelle gegen diejenigen zivilgesellschaftlichen Akteure gerechnet, die Wahlen kritisch beobachten.

Abweichende Meinungen unerwünscht

Aserbaidschan rangiert auf Platz 162 von 180 Ländern im Pressefreiheits-Index von Reporter ohne Grenzen und liegt damit zwischen Staaten wie Ägypten und Libyen. Pressefreiheit existiert in dem Land also quasi nicht. Statt freier Medien haben Staatsfernsehen und -presse das Monopol der Berichterstattung inne. Auch

das lässt sich die Regierung einiges kosten. Im Juli 2017 verkündete Präsident Alijew, mehr als 250 Journalisten und Journalistinnen gratis Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Wenig überraschend ist dabei, dass fast alle Begünstigten für regierungsnahen Medien arbeiten. Unabhängige Medienschaffende werden dagegen seit 2014 wieder verstärkt juristisch verfolgt, stigmatisiert und über die sozialen Medien diffamiert.

Rechtsschutz erschwert

In Anbetracht der massiven juristischen Verfolgung von Medienschaffenden und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren in Aserbaidschan ist es äußerst beunruhigend, dass das aserbaidtschanische Parlament am 31. Oktober 2017 ein Gesetz verabschiedet hat, nach dem nur noch bei der Anwaltskammer registrierte Anwälte vor Gericht auftreten dürfen. Das Gesetz hat einschneidende Konsequenzen für den Rechtsbeistand politisch Verfolgter. Denn Aserbaidschan ist mit 900 bei der Anwaltskammer registrierten Anwälten und Anwältinnen ein Land mit extrem geringer Anwaltsdichte. Es gibt nur neun Anwälte pro 100.000 Einwohner. Der Durchschnitt in Europa liegt bei 165.



| Der Oppositions-Journalist Afgan Mukhtarli vor seiner Anhörung im Gericht in Baku 2017

Journalisten auch im Exil gefährdet

Unter diesen Umständen bleibt vielen nur noch der Gang ins Exil. Sie fliehen ins Nachbarland Georgien, in die Ukraine, in die Niederlande oder nach Deutschland. Bislang wähten sich Aserbaidschans Regimekritiker im Ausland in relativer Sicherheit. Im Mai 2017 aber wurde der investigative Journalist Afgan Mukhtarli in Georgien, wo er im Exil lebte, entführt und in ein Gefängnis nach Baku verbracht.

Im Oktober 2017 traf es den Journalisten Fikret Husylni am Flughafen von Kiew. Der ehemalige Reporter der regierungskritischen Zeitung Azadliq, der mittlerweile die niederländische Staatsbürgerschaft hat, wurde beim Einstieg in ein Flugzeug nach Düsseldorf festgenommen. Ihm droht die Auslieferung nach Aserbaidschan.

Länderbeispiel Philippinen

CIVICUS Einstufung: **beschränkt**



Mörderische Anti-Drogen-Kampagne

Die südostasiatische Republik der Philippinen ist ein aus mehr als 7.000 Inseln bestehender Archipel im westlichen Pazifischen Ozean. Er liegt östlich von Vietnam, nordöstlich von Malaysia und nördlich von Indonesien. Von 1965 bis 1989 regierte Ferdinand E. Marcos erst als gewählter Präsident, ab 1972 als Diktator. Seit seinem Sturz sind die Philippinen wieder eine Präsidentschaftsrepublik. Die Demokratie des Landes bleibt weiterhin labil.

Kriegsrecht

Seit Beginn der Anti-Drogen-Kampagne des im Juni 2016 gewählten Präsidenten Rodrigo Duterte haben Sicherheitskräfte 7.000 Menschen umgebracht. Aktivisten, die auf die dramatische Verschlechterung der Menschenrechtssituation seit seiner Amtsübernahme aufmerksam machen, werden öffentlich bloßgestellt und verfolgt.

Anlässlich des Überfalls einer lokalen Gruppierung des sogenannten Islamischen Staats auf die Südinsel Mindanao, hat Präsident Rodrigo Duterte dort 2017

Arbeitsanleitung

In diesem Länderbeispiel erfahren Sie etwas über die massive Einengung der Zivilgesellschaft in Aserbaidschan. Trotz der häufig bedrohlichen Situation engagieren sich hier immer wieder Menschen dafür, Unrecht und Gewalt zu überwinden.

Lesen Sie den Text anhand folgender Leitfragen:

- Was erfahren Sie über die Gründe für die Einengung (historisch, politisch, wirtschaftlich, sozial)?
- Wie wirken sich die Einschränkungen konkret aus?
- Gibt es internationale Interventionen von staatlichen Organisationen?
- Worin besteht der Beitrag von Brot für die Welt oder anderer nichtstaatlicher Organisationen?

Anregung zur Diskussion

Diskutieren Sie im Anschluss in Ihrer Gruppe darüber, welche Möglichkeiten es gibt, sich für bedrohte Menschen in anderen Ländern einzusetzen.

das Kriegsrecht verhängt und immer wieder damit gedroht, es auf das gesamte Gebiet der Philippinen auszudehnen. Wenn Kriegsrecht gilt, hat das philippinische Militär weitreichende Befugnisse, Menschen ohne richterlichen Beschluss festzunehmen, Räume zu durchsuchen und Ausgangssperren zu verhängen.

Kritiker warnen, dass Duterte die Befugnisse zur Verfolgung von politischen Gegnern einsetzt und Zustände schafft, die dem vorhergehenden Marcos-Regime ähneln. Darauf deutet auch seine brutale Anti-Drogen-Kampagne hin, die er kurz nach seiner Amtsübernahme am 1. Juli 2016 startete.

Dutertes Strafrechtsreformen

„Kill Bills“ nennen zivilgesellschaftliche Organisationen die Strafrechtsreformen, mit denen Duterte seinen Feldzug gegen die Drogen abzusichern sucht. Duterte strebt zum Beispiel die Wiedereinführung der Todesstrafe an und will gleichzeitig die Strafmündigkeit absenken. Den Gesetzentwurf dazu hat das Unterhaus des philippinischen Parlaments bereits gebilligt, nun muss nur noch der Senat zustimmen².

²Stand 10.07.2018



| Anwohner und Demonstranten bei der Mahnwache für den erschossenen Kian Loyd delos Santos am 25.8.2017 in Caloocan, Metro-Manila, Philippinen. Der 17-Jährige wurde Opfer von Präsident Rodrigo Dutertes Drogenkrieg

Dann könnten auf den Philippinen künftig selbst Neunjährige für den Import, die Herstellung oder den Handel mit Drogen mit dem Tod bestraft werden.

Außerdem sucht die Regierung nach Möglichkeiten, wie sie Kritik in sozialen Medien verhindern kann. Im Juni 2017 legte sie einen Gesetzentwurf gegen „Fake News“ vor, der Haftstrafen von bis zu fünf Jahren für Personen vorsieht, die gezielt „falsche“ Informationen veröffentlicht haben. Auch demokratische Institutionen werden systematisch geschwächt. Im September 2017 verkündete der Haushaltsausschuss des philippinischen Parlaments, das jährliche Budget der Menschenrechtskommission auf 16,40 Euro kürzen zu wollen – ein Angriff, der durch nationalen und internationalen Druck, unter anderem der EU, gerade noch verhindert werden konnte.

Bedrohung von Menschenrechtsverteidigern

„Ihr seid die Nächsten“ – mit dieser Drohung versucht Duterte, Verteidiger und Verteidigerinnen von Menschenrechten einzuschüchtern, die öffentlich gegen die hohe Zahl außergerichtlicher Hinrichtungen im Krieg gegen die Drogen protestieren. Nach seiner Darstellung tragen sie Mitschuld am Drogenproblem, weil sie durch ihre Kritik dessen effektive Bekämpfung verhindern. Konsequenterweise hat er nun die philippinische Nationalpolizei beauftragt, Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen zu erschießen, wenn sie die Justiz im Zusammenhang mit der Anti-Drogen-Kampagne behindern.



| Protest gegen außergerichtliche Hinrichtungen in Metro-Manila 2017

Spaltung der Zivilgesellschaft

Die Kritik an Duterte wird jedoch nicht von allen Teilen der Zivilgesellschaft geteilt: Trotz massiver Menschenrechtsverletzungen erfreut sich Duterte noch immer großer Beliebtheit. Laut Umfragen von Social Weather Stations, einem privaten Meinungsforschungsinstitut in Manila, sind 78 Prozent der philippinischen Bevölkerung zufrieden mit ihm – besonders auf der Insel Mindanao, wo er kürzlich das Kriegsrecht verhängt hat.

Auch als immer deutlicher wurde, dass die demokratischen Institutionen nach der Amtsübernahme abgebaut und geschwächt wurden, positionierten sich viele NGOs nicht entschlossen dagegen³. Ein Grund dürfte sein, dass Duterte sich geschickt als Vertreter des armen, einfachen Volkes präsentiert und Fortschritte bei der Armutsreduzierung, der Umsetzung der

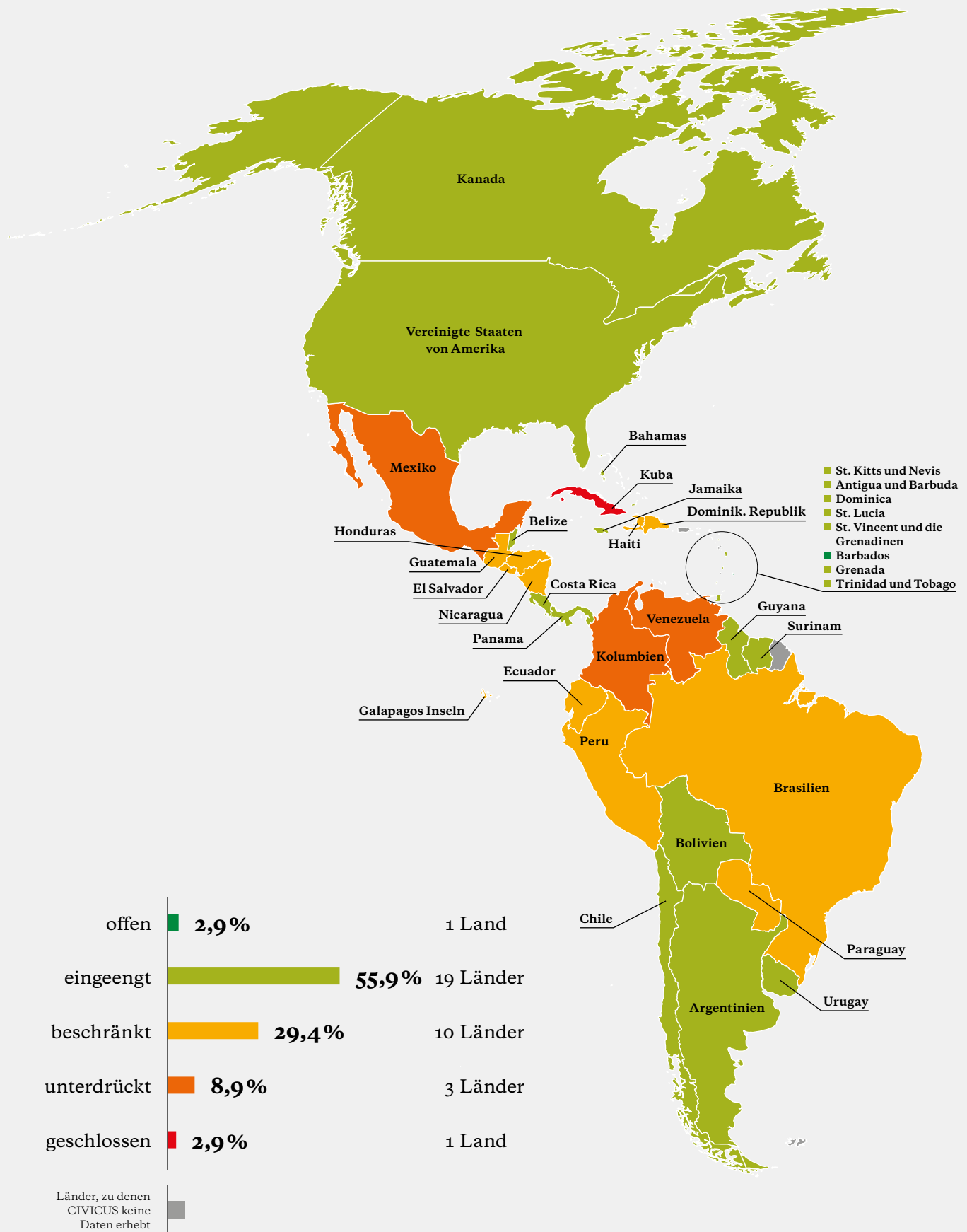
Landreform und dem Schutz natürlicher Ressourcen verspricht – Anliegen, für die zivilgesellschaftliche Organisationen seit Langem kämpfen.

Menschenrechtsorganisation PhilRights

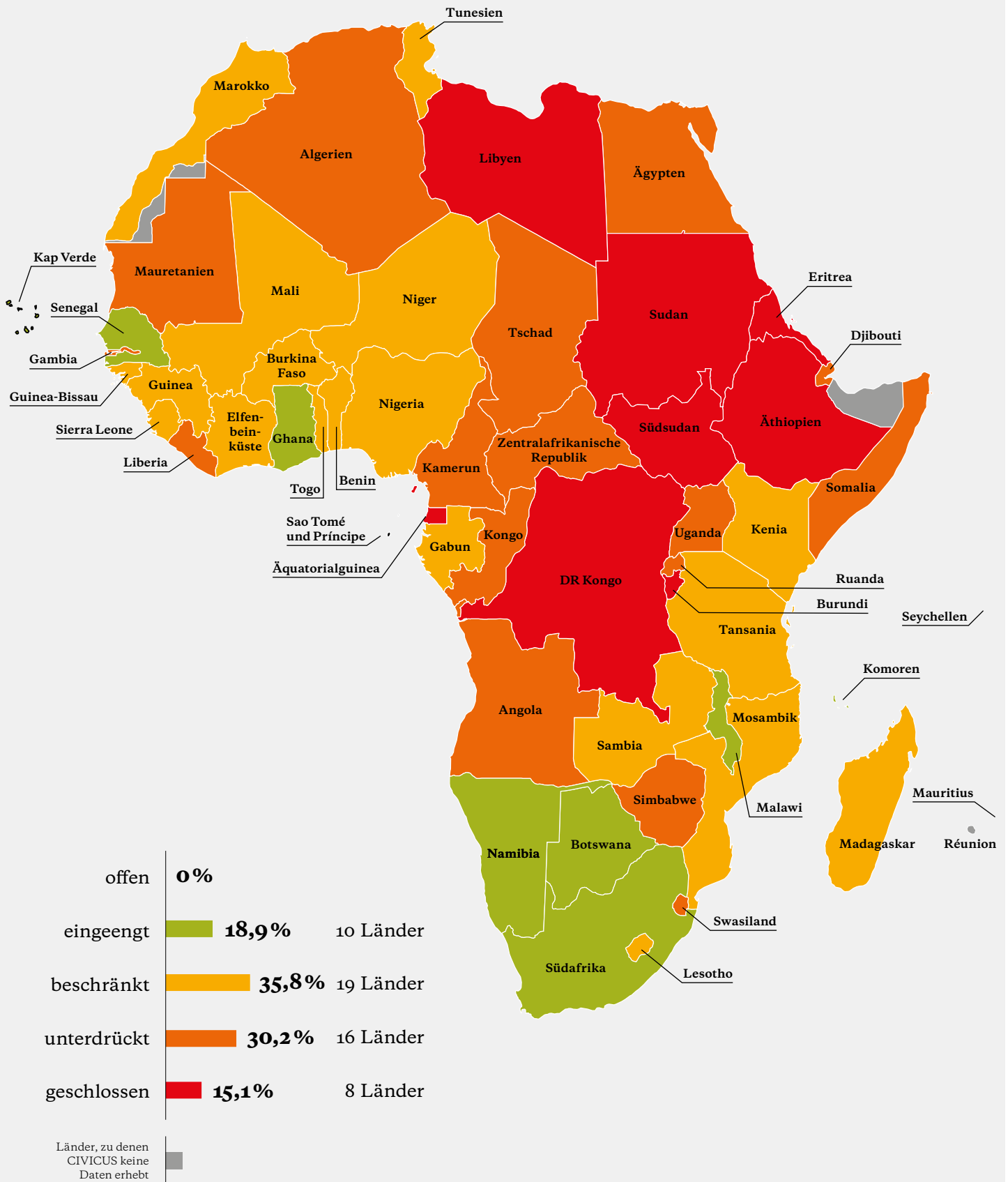
Brot für die Welt fördert ein Projekt des Philippine Human Rights Information Center (PhilRights). In dem Projekt geht es darum, den Menschenrechtsschutz der Betroffenen von Dutertes Anti-Drogen-Kampagne zu fördern. Dazu sind umfangreiche Bildungsmodule vorgesehen, in denen die Betroffenen darüber aufgeklärt werden, welche menschenrechtlichen Schutzgarantien für sie bestehen und wie sie diese wahrnehmen können. Außerdem soll gewährleistet werden, dass kein Fall einer außergerichtlichen Hinrichtung in Vergessenheit gerät, wofür beispielsweise eine App zur unkomplizierten Meldung von außergerichtlichen Hinrichtungen entwickelt wurde.

³ NGO: Non Governmental Organization – deutsch NRO: Nichtregierungsorganisation

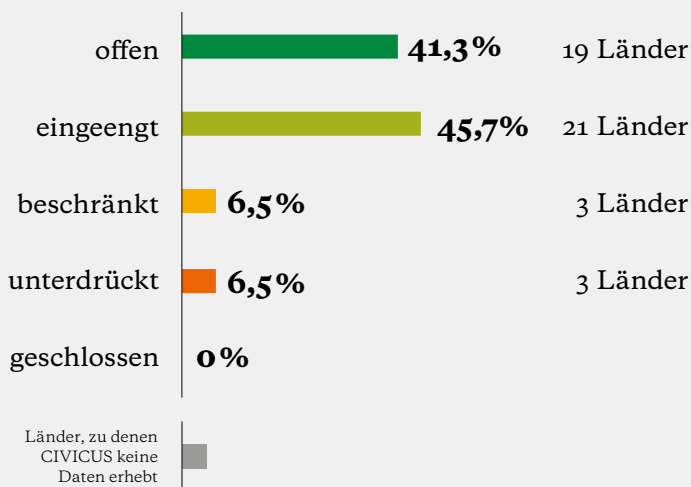
Lösungskarte Amerika



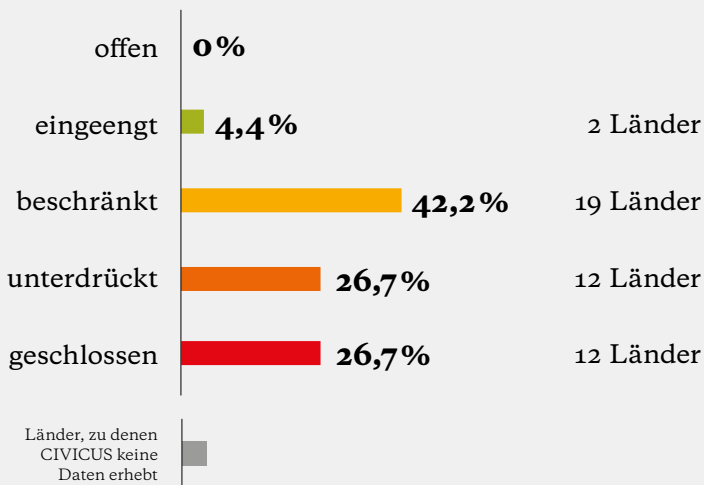
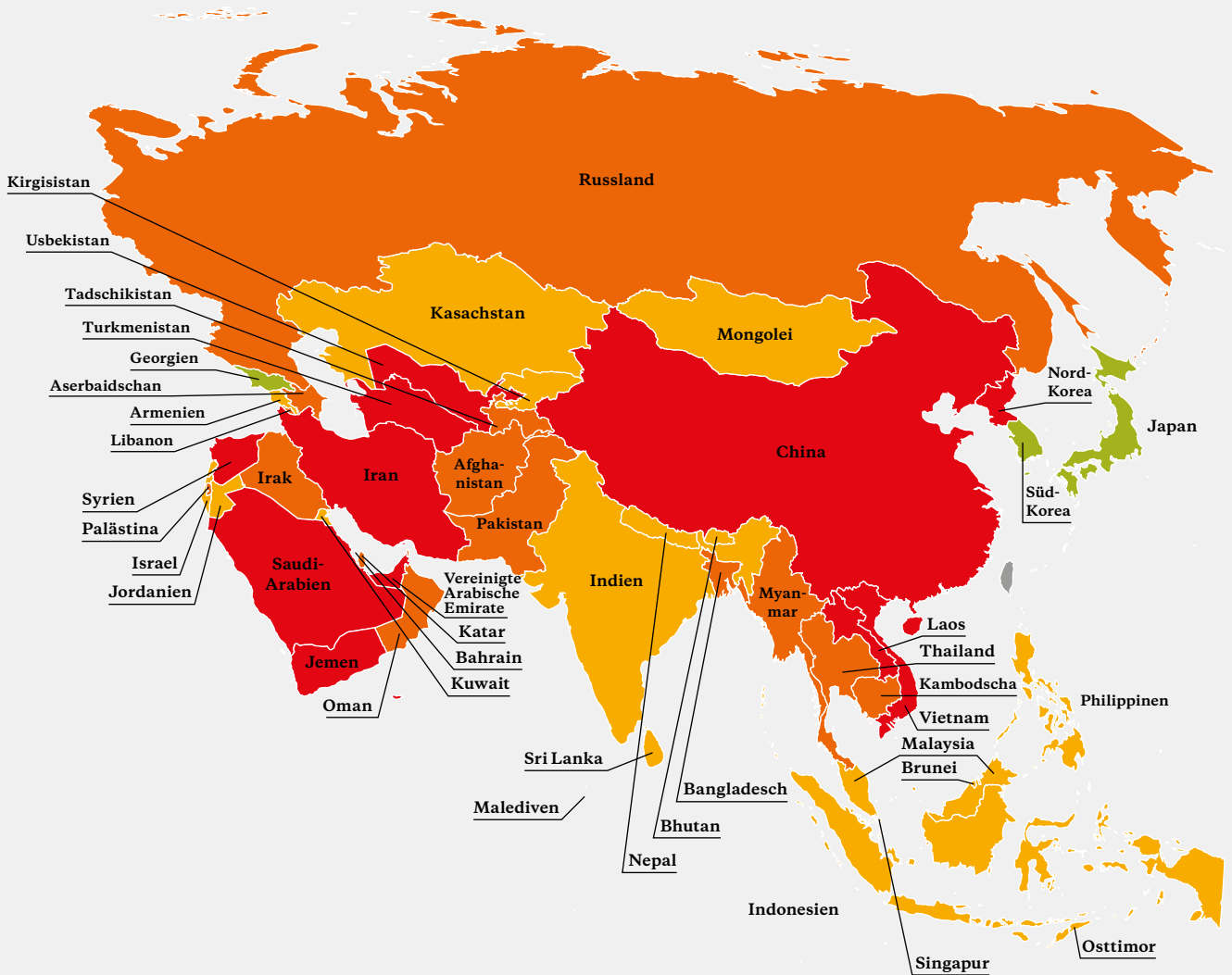
Lösungskarte Afrika



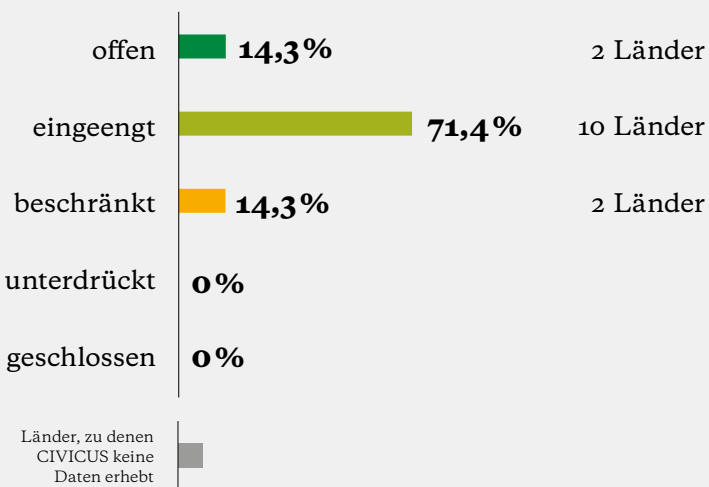
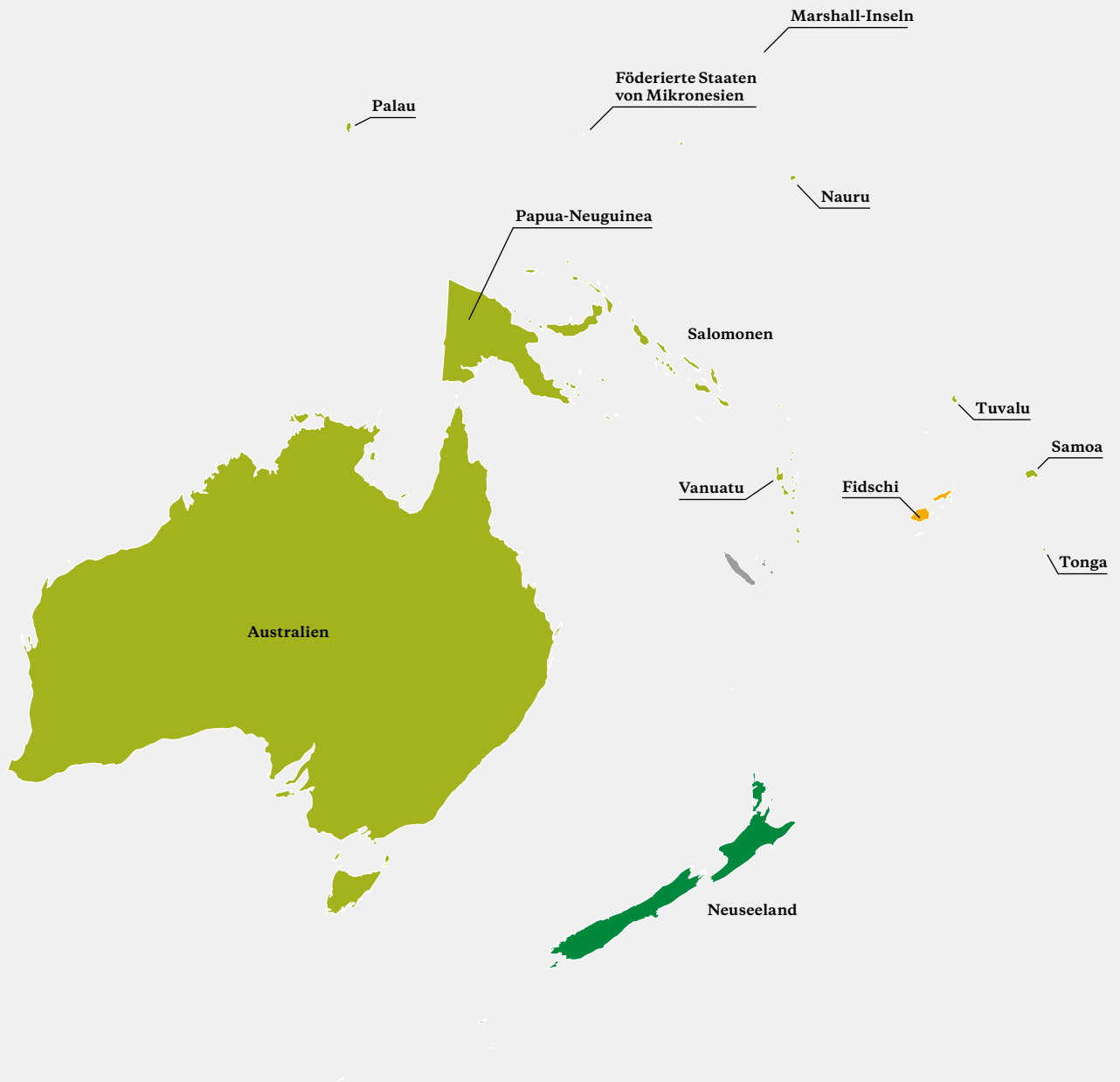
Lösungskarte Europa



Lösungskarte Asien



Lösungskarte Ozeanien



Blankokarte Amerika (bitte auf DIN A3 hochkopieren)



Blankokarte Afrika (bitte auf DIN A3 hochkopieren)



Blankokarte Europa (bitte auf DIN A3 hochkopieren)



Blankokarte Asien (bitte auf DIN A3 hochkopieren)



Blankokarte Ozeanien

(bitte auf DIN A3 hochkopieren)



Wir mischen uns mit Recht ein.

Auch 70 Jahre nach Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte können viele ihre Rechte nicht wahrnehmen. Gemeinsam setzen wir uns für eine Stärkung der Menschenrechte weltweit ein.

brot-fuer-die-welt.de/menschenrechte

Mitglied der **actalliance**



Würde für den Menschen.